



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

385 (23.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205077](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205077)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Zeitungspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 20. — woch. Nr. 12. —

Beilagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

„internis discordiis relinqui“

Von Direktorin Dr. Ray, Mitglied des Reichstages. Aus den Zeugnissen der schicksalsschweren Geschichte unseres deutschen Volkes tritt uns wieder und wieder der Zwiespalt deutscher Stämme, die Zerrissenheit deutschen Volkstums entgegen. Da klingt es als erstes herüber aus grauen Tagen der Vergangenheit, das verhängnisvolle Wort in den Mäandern des Tacitus. Da steht Rom in Nacht und Ansehen, nach verschiedenen Kriegszügen in Germanien weiterer kriegerischer Anstrengungen müde, und kann beruhigt „Germaniae gentis ... internis discordiis relinqui“. Man überläßt die Germanen ihren inneren Zwistigkeiten in der festen Gewißheit, daß diese das Werk der Vernichtung fortsetzen werden, so daß es einer weiteren kriegerischen Einwirkung von außen nicht mehr bedarf.

Annere Zwistigkeiten! Es scheint das Verhängnis unseres reich begabten, schöpferisch veranlagten Volkes zu sein, daß diese inneren Zwistigkeiten nie zur Ruhe kommen und gerade dann das Volk am meisten zerreißt, jede Volksgemeinschaft erlöschet, wenn die stärkste Geschlossenheit, die ausgesprochenste Einheit aller notwendig wäre. Wie hat sich dieser innere Unfriede so oft in der deutschen Geschichte verhängnisvoll ausgelebt. Wie erscheinen Zeugnisse über Zeugnisse von dem Schaden, den Volk und Land dadurch erlitten haben. So auch jetzt. Anstatt der geschlossenen Einheit bietet das Vaterland dem Auslande das Bild tröstlosester Zerrissenheit, eine Unbestimmtheit der Verhältnisse, aus denen schon das wohlwollende und noch die mehr das feindliche Ausland den ungünstigsten Eindruck gewinnen muß, ein Eindruck, der in der unerschütterlichen Verschönerung der Mark seinen Ausdruck findet und zweifellos auch auf die leggemeldete ungünstige Besetzung der Reparationskommission nicht ohne Einfluß geblieben ist und sich auch in der Londoner Konferenz als ungünstiges Moment herausstellte. Diesem Deutschland der Zerrissenheit, der inneren Befehdung, dessen Presse aufeinander loswürgelt, dessen Reichstag vor den Augen der ganzen Welt immer wieder der Schauplatz unwürdiger Szenen ist, dessen zweitgrößtes Land in schwerem Konflikt mit der Reichsregierung liegt, diesem Deutschland tann das Ausland nicht zuzutrauen. Beiß man doch nie in dieser dauernden Spannung, mit dem man zu tun hat. Laumelt doch der Reichstag von einer mühsam überwundenen Krise zur andern, ein erbärmliches Schauspiel: Krisen kleinen und großen Ausmaßes, die schließlich in der immer erneuten Wiederkehr der Dinge das Geleite jenseitigen, was Krieg und Zusammenbruch uns gelehrt haben, was jedem Deutschen teuer sein sollte: Volk und Vaterland. Bergebens hat der große Historiker das Wort von dem Primat der auswärtigen Politik gesagt, vergessens wird immer wieder daran erinnert, welche Gefahren dieser innere Zwiespalt auf das Ausland ausüben muß. Werben doch gewisse Kreise des Auslandes geradezu auf diese innere Zerrückelung. Sieht man doch klar, zu welchem Ziele die Retorsionsmaßnahmen gerade so gestaltet sind.

Von gleicher Gefahr ist dieser Zustand für das innerpolitische Leben. Immer wieder ergeht vergebens von einzelnen Führern der Ruf nach Einigkeit, nach Sammlung. Sie können zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief! Man hat von der unblutigen Revolution des Jahres 1918 gesprochen, darauf hingewiesen, daß die folgenschweren Ereignisse, die ungeheuren Ummwälzungen sich gemissermaßen in deutscher Ruhe und Ordnung abgepielt haben. Soll unser deutsches Volk, der ruhige Bürger und Arbeiter, friedliebend, wie er von Natur ist, dazu verdammt sein, den Becher deutschen Lebens bis zur Reize zu leeren, soll die alte deutsche Einigkeit, immer wieder geschichtlich bezeugt, sich verzweigen in unseren Tagen und alles überwuchern, was in Persönlichkeiten der verschiedensten Parteien nach rechts und links hin im Willen zu gemeinsamem Wiederaufbau vorhanden ist? Am ersten Jahrestage des Abchlusses der Reichsverfassung, die Grundzüge des Verfassungswerkes spricht, erschien der innere Zwiespalt stärker als je.

Wer diese Dinge erschaut, wer als bewußtes Glied des deutschen Volkes lebt, ist mitverantwortlich für das, was heute an der Wahrung der Grundzüge von jeder Seite Zurückhaltung und die starken Gegensätzlichkeiten politischer und sozialer Natur, die Prinzipienfragen zurückzustellen, die uns in ruhigeren Zeiten einmal ausgetragen werden mögen, und im Geist der Versöhnung mit allen zu arbeiten, die sich zu deutschen Volksgemeinschaft bekennen. Es gilt eine Abkehr von den vorwurfsvollen Rückblicken auf die letzte Vergangenheit, von dem Vorwurf an dem Schicksal des Volkes, ein Eindämmen auch gemeinsames letztes Gut, alle haben das gleiche Interesse daran, ihr in einer Volksgemeinschaft zu fügen und zu arbeiten, damit nicht innerer Zwist die Zerrückelung durch

Die Verständigung zwischen dem Reich und Bayern.

□ Berlin, 23. August. (Von unserer Berliner Büro.) Zwischen Bayern und dem Reich ist es nun offenbar zum Friedensschluß gekommen. Der bayerische Gesandte v. Preger erschien gestern nachmittag beim Reichskanzler und teilte ihm mit, daß sowohl die bayerische Regierung als auch die Koalitionsparteien des Landtags nach den Ergebnissen der neuerlichen Rücksprache den Berliner Vereinbarungen zugestimmt haben. Somit wäre der Konflikt endgültig beigelegt. Die Aufhebung der bayerischen Verordnung steht unmittelbar bevor. Die amtliche Bekanntgabe des Ergebnisses der Berliner Besprechungen zwischen dem Reich und Bayern, sowie die Begründung des zustimmenden Beschlusses der bayerischen Koalition wird heute erfolgen.

Eine Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 23. Aug. Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter des VVK zu dem Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich und trat dabei besonders der Auffassung entgegen, daß er selbst die bayerische Staatsregierung die ursprünglich eingenommene politische Linie verlassen oder sich in irgend einer Phase der Verhandlungen in einem Gegensatz zu den Koalitionsparteien befunden hätte. Auf eine diesbezügliche Frage antwortete Graf Berchthold:

„Die Politik der bayerischen Regierung, die ich als Ministerpräsident in erster Linie nach außen zu vertreten hatte, bewegte sich in einer vollständig geraden Linie. Das zeigt der Verlauf der ganzen Angelegenheit auf das deutlichste.“

Der erste Akt des Konfliktes war bekanntlich der parlamentarische Widerstand Bayerns gegen die Besetze zum Schutze der Republik, gegen das Reichsstrafgesetzbuch und das Beamtengesetz. Dieser Widerstand bewegte sich innerhalb der verfassungsmäßigen parlamentarischen Grenzen. Die bayerische Regierung vertrat den Standpunkt der Reichsregierung, das zum Schutze der Verfassung notwendig zu sein, aber sie mußte gegen wesentliche Bestandteile dieser Besetze sofort entschiedenen Einspruch erheben, weil diese folgenschwere Eingriffe in die bayerische Justiz- und Polizeihohheit brachten und die Staatsnotwendigkeiten Bayerns nicht berücksichtigten. Man sollte das nicht vergessen, daß durch diesen sofort betandenen Abwehrstand Bayerns erst eine eingehende Prüfung und sachliche Durchberatung der Besetze im Reichstag erzwungen und die von gewissen Kreisen beschuldigte Durchpeitschung der Vorlagen verhindert wurde. Unter dem Druck des bayerischen Widerstandes gelang es im Verein mit den Parteien schon damals, eine Reihe wesentlicher Verbesserungsmaßnahmen im Sinne der bayerischen Regierung im Reichstag und Reichstag zur Annahme zu bringen. Auch die so verbesserten Besetze wurden im Reichstag von dem Vertreter der bayerischen Regierung und im Reichstag von Vertretern der bayerischen Volkspartei einstimmig abgelehnt. Auch der Bayerische Bauernbund stimmte dagegen. Ebenso mußte die bayerische Regierung, als die Besetze rechtskräftig wurden, pflichtgemäß erklären, daß sie für Bayern unannehmbar seien, weil wesentliche Bestandteile dieser Besetze für Bayern mit Rücksicht auf die bayerische Staatshoheit und die Grundzüge der Weimarer Verfassung nicht tragbar waren.

Es folgte der zweite Akt. Die bayerische Regierung erstreckte innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Rechte auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die bekannte Notverordnung, die das Krieg zum Schutze der Republik materiell übernahm, aber den Vollzug den bayerischen Gerichten überließ. Bayern hat auch dadurch den verfassungsmäßigen Boden nicht verlassen. Der Zwiespalt zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und mir bildete die von beiden Seiten gemäßen Verhandlungen in Berlin an, die einen für die bayerischen Staatsnotwendigkeiten erträglichen Zustand einerseits und die Aufhebung der bayerischen Notverordnung in absehbarer Zeit bringen sollten. Diese Verhandlungen wurden nach Anhörung und mit voller Zustimmung der Koalitionsparteien geführt. Das Ergebnis dieser von der bayerischen Regierungskommission in Berlin mit dem Reichskanzler und der Reichsregierung unter tätiger Mitwirkung des Herrn Reichspräsidenten geführten Verhandlungen wurden nach Abschluß dem Ministererrat unterbreitet. Er machte zunächst seine Beschlussfassung von der Einvernahme der Koalitionsparteien abhängig, auf deren Vertrauen sich die Staatsregierung stützt. Die Koalitionsparteien haben im allgemeinen bei in dem Berliner Protokoll niedergelegten Regelung zugestimmt, aber nur unter der Bedingung, daß dazu noch bestimmte Erklärungen und Ergänzungen aus seitens der Reichsregierung gegeben würden. Auch jetzt wieder wurden die neuerlichen Besprechungen in Berlin mit Zustimmung der Koalitionsparteien von den Ministern Dr. Schweiger und Dr. Bärner aufgenommen. Ihr Ergebnis war, daß sich der bayerische Ministererrat entschließen konnte, dem auf diese Weise ergänzten Abkommen zuzustimmen. Auch die Koalitionsparteien haben nach eingehender Beratung angesichts der Ergebnisse der zwei Berliner Besprechungen dem Beschluß des Ministerrats nicht mehr widersprochen. So ist in Bayern eine Einigung zwischen Regierung und Parteien erzielt und der Konflikt aus der Welt geschafft worden.

Die bayerische Staatsregierung hat sich also bei der Behandlung der ganzen Angelegenheit keinen Fuß breit von dem verfassungsmäßigen Boden entfernt. Sie ist stets im engsten Einvernehmen mit sämtlichen Koalitionsparteien vorgegangen. Auch im Ministererrat und bei allen Besprechungen mit den Parteien ist jeweils völlige Übereinstimmung erzielt worden. Der Beschluß des Ministerrats, dem ergänzten Abkommen zuzustimmen, ändert nichts an der grundsätzlichen Auffassung der bayerischen Regierung, daß wesentliche Bedenken gegenüber dem Komplex der Schutzgesetze nach wie vor weiter bestehen. Diejenige Standpunkt habe ich bei dem Abschluß der ersten Besprechungen in Berlin klar und deutlich Ausdruck gegeben. Wenn die bayerische Staatsregierung nunmehr ihre Zustimmung zu dem ergänzten Berliner Abkommen im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien erteilt hat, so hat sie dadurch vor allem die außenpolitischen Ereignisse berücksichtigt, die heute mehr als je eine politische Einheitsfront des Reiches und seiner Länder

Die Sozialdemokratie und Bayern.

Am Sonntag nachmittag ist es zum zweitenmal gelungen, einen ernstlichen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zu vermeiden. Auf Seiten der Reichsregierung wurden die Verhandlungen diesmal namentlich von dem der sozialdemokratischen Partei angehörigen Reichsjustizminister Dr. Raddebruch geführt; auch dem Reichspräsidenten Ebert scheint wieder ein großes Verdienst an der Entspannung der Lage zuzukommen. Zur gleichen Zeit als man sich in der Reichskanzlei um einen Ausgleich der Gegensätze bemühte, hielt es der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Weis auf einem Bezirksparteitage für angebracht, seinerseits über die „bayerische Frage“ zu sprechen und das Verhalten des Reichspräsidenten und der sozialdemokratischen Richter parteilosig zu interpretieren. „Aus außenpolitischen Gründen“, so führt Weis der Berl. Montagepost zufolge aus, „hat die Reichsregierung der bayerischen Regierung gegenüber eine so große Rücksichtigkeit bewiesen ... Ich bedaure, daß wichtige Gründe außenpolitischer Natur uns zwingen, den Kampf gegen Bayern, der ja doch einmal kommen muß, zurückzustellen.“

Derartige Ausführungen aus dem Munde eines Parteiführers sind angesichts der gegenwärtigen Lage geradezu eine Ungeheuerlichkeit. Die Gegensätze zwischen den Auffassungen der bayerischen und der Reichsregierung waren groß und es hat viel staatsmännische Klugheit und viel Geschick erfordert, einen gangbaren Ausweg zu finden. Die Ausführungen von Weis machen geradezu den Eindruck, als ob ihm an der Einigung mit Bayern nichts gelegen sei und er das Verteidigungsmerk sabotieren wollte. Man kann nicht annehmen, daß den bayerischen Unterhändlern ihre Aufgabe erleichtert wird, die bayerischen Koalitionsparteien zum Nachgeben zu bewegen, wenn zugleich mit ihnen in München ein Bericht eintrifft, demzufolge der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei es lebhaft bedauert, daß „aus außenpolitischen Gründen der Kampf gegen Bayern aufgeschoben“ werden mußte. Die Korrektur des „Vorwärts“, der diese anstößigen Stellen aus dem Verhandlungsbericht herausgelassen hat, ändert nichts an der bedauerlichen Tatsache, daß sie offenbar gefallen sind und von anderen Blättern verbreitet werden.

Eines Parteiführers unwürdig ist auch der Versuch Weis, seine Zuhörer irre zu führen durch die Behauptung, die Schüsse auf Rathenau hätten in Bayern eine so starke Reaktion ausgeübt, daß die bayerische Regierung gegen Maßnahmen des Reiches den Kampf angelegt habe. Der wahre Sachverhalt ist doch der, daß die maßlose Überspannung des von den Sozialisten geforderten „Schutzes der Republik“ die Bestimmung in Bayern hervorgerufen hat. Mit der Drohung mit einer neuen blutigeren Revolution als es die von 1918 war ist dann der sozialdemokratische Parteivorstand vollends auf das Niveau eines unbedeutenden Parteibeamteten herabgesunken.

Die Besprechungen mit der Reparationskommission.

□ Berlin, 23. Aug. Gestern nachmittag fanden wiederum Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermses, dem Staatssekretär a. D. Bergmann und den Vertretern der Reparationskommission statt. Von zuständiger Stelle hören wir, daß die Verhandlungen lediglich informatorischen Charakter für die Reparationskommission haben. Sie dürften sich noch bis Ende der Woche hinziehen.

□ Berlin, 23. Aug. Von den Berliner Blättern bringt das „B. L.“, dem wir die volle Verantwortung für die Nachricht überlassen müssen, eine eingehendere Darstellung der Besprechungen zwischen den Delegierten der Reparationskommission und den zuständigen Reichsbehörden. Mauldore und Brabburg seien gestern nachmittag vom Reichskanzler zu einer neuerlichen Besprechung empfangen worden. Dr. Wirth hätte auf bestimmte Fragen der beiden Delegierten hin nochmals den bekannten ablehnenden Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der in London von Frankreich gewünschten produktiven Pfänder dargelegt. Somit dürfte das erste Stadium der Berliner Reparationskonferenz als abgeschlossen gelten. Vorläufig siehe noch nicht fest, wann die nächste Zusammenkunft stattfinden werde. Das „B. L.“ hat aus Kreisen, die der Reparationskommission nahe stehen, gehört, man erwarte die Beendigung der Verhandlungen mit den beiden Delegierten morgen oder übermorgen. Die Lage werde im allgemeinen sehr ernst beurteilt. Bei der Haltung des Kabinetts Boincard's erweise eine Einigung auf mittlerer Linie aufs höchste erwünscht. Das Reparationsproblem werde solange der Streitpunkt Europas bleiben, als es nicht in wirtschaftliche Diskussion übergeführt werden könne. Die Aussicht auf die geplante allgemeine Reparationskonferenz in Brüssel sei ein recht mäßiger Trost, denn es verheißt sich von selbst, daß ein neues Provisorium lediglich eine Verschärfung zur Folge haben könne.

Neue Angebote Deutschlands.

□ Berlin, 23. Aug. „Information“ will erfahren haben, Deutschland werde der Delegation der Reparationskommission neue Vorschläge unterbreiten, die das französische Verlangen auf eine Pfändung der Inehrgruben und Wälder hinwärtig machen würden. Der „Temps“ betont in einer Berliner Meldung, als Pfänder für ein Moratorium seien nur die Staatsgruben und Wälder verlangt worden, während von der Rikardie Goldmark, die die Reserve der Reichsbank bilde, nicht die Rede gewesen sei.

Das Schwinden der deutschen Kräftereserve.

□ Berlin, 23. Aug. (Von unfr. Berl. Büro.) Ein Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hatte eine längere Unterredung mit dem früheren Reichsfinanzminister Dernburg. Dernburg erklärte, Deutschlands natürliche Kräftereserve werde von Tag zu Tag geringer. Zum Beweise dafür wies Dernburg auf den letzten Rechnungsbericht der deutschen Banken hin. Daß deutsches Kapital in Massen nach dem Ausland gehe, gab Dernburg zu. Er erklärte aber, es sei unglücklicherweise nicht möglich, eine strenge Kontrolle durchzuführen. Andererseits sei es nicht die Industrie, die zur Kapitalflucht neige, diese hätte vielmehr ein Interesse daran, sich ihres Geldes in Deutschland zu bedienen, anstatt fremde Kustoden aufzunehmen.

